



## Inhalt

### Seite 2

#### Wichtiges zu Feriajobs

Familienbeihilfe

Sozialversicherung

Lohn- bzw. Einkommensteuer, Umsatzsteuer

### Seite 3

#### Änderungen für Dienstgeber und Dienstnehmer

Trinkgelder rückwirkend ab 1999 steuerfrei

Lohnkontenverordnung 2005 veröffentlicht

SV-Pflicht für an freie Dienstnehmer ausbezahlte  
pauschale Reisevergütungen

#### Vorsteuerrückvergütung

Letzter Termin: 30. 06. 2005

### Seite 4

#### Getränkesteuer: neues EuGH-Urteil

#### Geplante Steueränderungen 2005

### Seite 5

#### Aktuelle Kurz-Infos

### Seite 7

#### Rückerstattung ausländischer Vorsteuern

### Seite 8

#### Abzugsfähige Vorsteuern in Europa (1. 1. 2005)

## Liebe Klientinnen, liebe Klienten!

Der Sommer steht vor der Tür und für viele von Ihnen auch der wohlverdiente und heißersehnte Urlaub. Nachdem wir wissen, dass der Urlaub sehr oft dazu genutzt wird, um in aller Ruhe über neue betriebliche Strategien nachzudenken, möchten wir Ihnen dafür einige Impulse mitgeben.

Seit der Einkommensteuerveranlagung 2004 haben natürliche Personen (Einzelunternehmer und Mitunternehmer von Personen-

### Optimale Rechtsform finden



gesellschaften) die Möglichkeit, Gewinne die sie nicht entnehmen mit dem halben Durchschnittsteuersatz begünstigt zu besteuern. Für Kapitalgesellschaften gibt es diese Begünstigung nicht, dafür wurde der Körperschaftsteuersatz auf 25 % (von 34 %) gesenkt.

Wichtig ist auch, dass die begünstigte Besteuerung für nicht entnommene Gewinne nur für jene Steuerpflichtigen gilt, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb oder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft erzielen und eine doppelte Buchhaltung führen. Für Freiberufler gilt diese Begünstigung nicht.

Diese beiden Neuerungen führen dazu, dass für viele Unternehmer die bisherige Rechtsform nicht mehr passend ist. Sowohl der Wechsel in eine GmbH als auch die Umwandlung einer GmbH in eine Personengesellschaft kann sinnvoll sein. Hier gilt es nun, auf Basis von Gewinnerwartungen und subjektiven Präferenzen des Unternehmers für die nächsten Jahre eine optimale Rechtsform zu finden.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das Umgründungssteuerrecht hingewiesen, das es ermöglicht, rückwirkend zum 31.12.2004 die Rechtsform zu ändern. Derartige Maßnahmen müssen allerdings innerhalb von 9 Monaten – also spätestens bis 30.9.2005 – erfolgen. Wir und unser bestens ausgebildetes Team stehen Ihnen für Rechtsformüberlegungen und –planungen jederzeit gerne zur Verfügung.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen einen erholsamen Urlaub, einen schönen Sommer und vor allem viele neue Strategien für den Herbst!

## Wichtiges zu Ferialjobs Familienbeihilfe, Steuern und Sozialversicherung

### Familienbeihilfe

Mit den nahenden Sommerferien stellt sich wieder die Frage, ob wegen eines Ferialjobs des Sprösslings die Familienbeihilfe gefährdet sein kann. Zunächst die gute Nachricht: Kritisch wird es erst ab Beginn des Kalenderjahres, das auf den 18. Geburtstag des Kindes folgt (bis dahin können Kinder beliebig viel verdienen, ohne dass der Anspruch auf Familienbeihilfe verloren geht). Bei Kindern, welche die magische Altersgrenze überschritten haben, ist für den Anspruch auf Familienbeihilfe das Jahreseinkommen maßgebend, unabhängig davon, ob es in den Ferien oder außerhalb der Ferien erzielt wird. Wird die Einkommensgrenze von € 8.725 pa überschritten, geht für das gesamte Jahr der Anspruch auf Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag verloren. Maßgeblich ist das Einkommen nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen, sonstigen Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen. Deshalb kann ein Kind bei Gehaltseinkünften pro Jahr insgesamt brutto € 10.874 (ohne Sonderzahlungen) verdienen, ohne dass die Eltern die Familienbeihilfe verlieren. Endbesteuerter Einkünfte (wie zB Zinsen oder Dividenden) sind nicht auf die Einkommensgrenze anzurechnen. Übrigens bleiben Lehrlingsentschädigungen und Waisenpensionen bei der Ermittlung des relevanten Jahreseinkommens ebenfalls außer Betracht.

### Sozialversicherung

Wer einen Ferialjob ausübt, wird in den meisten Fällen bei der Sozialversicherung als ganz normaler Dienstnehmer behandelt (für die etwas selteneren echten „Ferialpraktikanten“ – als solche gelten Schüler und Studenten, die ein vorgeschriebenes Praktikum vor allem zu Lernzwecken absolvieren – fallen geringfügig niedrigere Beiträge an). Es gelten daher folgende Bestimmungen:

- Bis zu einem monatlichen Bruttobezug von derzeit **€ 323,46** (Geringfügigkeitsgrenze) muss der Dienstgeber nur die Beiträge zur Unfallversicherung (1,4%) und gegebenenfalls (bei Beschäftigung von mehreren „Geringfügigen“) die pauschalierte Dienstgeberabgabe für geringfügig beschäftigte Personen in Höhe von 16,4% (der Bruttobezüge) bezahlen.
- Ab einem Bruttogehalt von monatlich mehr als **€ 323,46** besteht – wie bei jedem Dienstverhältnis –



**Schüler und Studenten  
 gelten als  
 Ferialpraktikanten**



**Bei Ferialarbeit auf Einkommensgrenze achten**

Vollversicherungspflicht (insbesondere in der Kranken- und Pensionsversicherung) mit Arbeitnehmer-Beiträgen von 18,0% (18,2% bei Arbeitern) und Arbeitgeber-Beiträgen von 21,9% (21,7% bei Arbeitern). Häufig werden Ferialjobs als freie Dienstverträge ausgeübt. Die Sozialversicherung ist in diesem Fall billiger als bei den echten Dienstverhältnissen: 13,85% Arbeitnehmer-Anteil und 17,45% Arbeitgeber-Anteil ergeben eine Gesamtbelastung von nur 31,3% (anstatt 39,9% bei Angestellten und Arbeitern). Auch hier sind Sozialversicherungsbeiträge nur bis zur Höchstbeitragsgrundlage von € 3.630 monatlich zu bezahlen.

### Lohn- bzw Einkommensteuer, Umsatzsteuer

Bis zu einem monatlichen Bruttogehalt von rd € 1.127 (= Jahresbruttobezug inklusive Sonderzahlungen von € 15.770) fällt infolge des Abzugs der Sozialversicherungsbeiträge und verschiedener Steuerabsetzbeträge überhaupt keine Lohnsteuer an. Wenn bei einem höheren Monatsbezug Lohnsteuer abgezogen wird, kann der Student nach Ablauf des Jahres bei seinem Finanzamt einen Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung stellen. Falls die lohnsteuerpflichtigen laufenden Bezüge pa (ohne Sonderzahlungen) nicht mehr als rd € 11.092 betragen, wird die gesamte Lohnsteuer für die laufenden Bezüge rückerstattet.

Wird die Ferialbeschäftigung in Form einer selbstständigen Tätigkeit ausgeübt (zB Werkvertrag oder freier Dienstvertrag), muss ab einem Jahreseinkommen (Bruttoeinnahmen abzüglich der mit der Tätigkeit verbundenen Ausgaben) von € 10.000 eine Einkommensteuererklärung abgegeben werden. Wenn die selbstständigen Einkünfte aber so hoch sind, fällt die Familienbeihilfe rückwirkend weg (siehe oben Punkt 1.1). Eine Ferialbeschäftigung als Selbstständiger (zB im Werkvertrag) unterliegt grundsätzlich der Umsatzsteuer (im Regelfall 20%), tatsächlich besteht Umsatzsteuerpflicht erst ab einem Jahresumsatz (= Einnahmen) von mehr als € 26.400 (darunter unechte Steuerbefreiung als Kleinunternehmer, aber mit Verlust des Vorsteuerabzugs). Eine Umsatzsteuererklärung muss allerdings – trotz Steuerbefreiung – bereits ab einem Jahresumsatz von mehr als € 7.500 abgegeben werden.

## Änderungen für Dienstnehmer

### Trinkgelder rückwirkend ab 1999 steuerfrei

Das Parlament hat im Mai 2005 eine rückwirkend ab dem Jahr 1999 geltende Steuerbefreiung für Trinkgelder beschlossen. Steuerbefreit sind ortsübliche Trinkgelder, die einem Arbeitnehmer anlässlich einer Arbeitsleistung von dritter Seite freiwillig zusätzlich zu dem für diese Ar-



**Befreiung gilt nicht für Sozialversicherung**

beitsleistung zu zahlenden Betrag gegeben werden. Die Befreiung betrifft nicht nur die Lohn- bzw Einkommensteuer, sondern auch den Dienstgeberbeitrag zum FLAF und die Kommunalsteuer. Die Befreiung gilt allerdings nicht für die Sozialversicherung; für die Berechnung der SV-Beiträge sind weiterhin die bundesländer- und branchenweise unterschiedlichen Pauschalbeträge anzusetzen. Trinkgelder, die der Arbeitgeber selbst (zB als Gastwirt) bekommt, bleiben ebenfalls weiterhin einkommen- und umsatzsteuerpflichtig. Nach einer Information des BMF wird die Steuerbefreiung bei allen noch laufenden Lohnsteuerprüfungen natürlich auch für die bisher als lohnsteuerpflichtig behandelten „Kreditkarten-Trinkgelder“ berücksichtigt (normale Trinkgelder mussten bisher in der Einkommensteuererklärung deklariert werden, was in der Praxis wohl nur selten geschehen ist). Falls Bescheide betreffend Besteuerung von Trinkgeldern (zB bei Lohnsteuerprüfungen) bereits rechtskräftig sind, werden diese, wenn sie Zeiträume ab 1999 betreffen, aufgehoben.

### Lohnkontenverordnung 2005 veröffentlicht

Die in der Klienten-Info 1/2005 angekündigte Lohnkontenverordnung, die den Inhalt der vom Arbeitgeber zu führenden Lohnkonten neu regelt, wurde kürzlich veröffentlicht. Für die Führung der Lohnkonten ergeben sich daraus ab 1.1.2005 folgende Neuerungen:

Die bisherige Ausnahmeregelung, wonach das Finanzamt auf Antrag zulassen konnte, dass steuerfreie Bezüge (§ 3 EStG) und die nach § 26 EStG nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn gehörenden Bezüge (zB Reisekostenvergütungen, Auslagenersätze) nicht in das Lohnkonto aufgenommen werden, besteht nicht mehr. Laut Lohnkontenverordnung sind folgende dieser steuerfreien Bezüge in das Lohnkonto aufzunehmen (die

Aufzählung umfasst nur die für Unternehmen relevante Bezüge):

- Steuerfreie Bezüge für eine begünstigte Ausländertätigkeit (§ 3 Abs 1 Z 10 EStG),
- steuerfreie Bezüge von ausländischen Studenten (Ferialpraktikanten; § 3 Abs 1 Z 12 EStG),
- steuerfreie Zuwendungen für die Zukunftssicherung, steuerfreie Mitarbeiterbeteiligungen und Stock-Options (§ 3 Abs 1 Z 15 EStG),
- steuerfreie Tagesgelder, Kilometergelder und pauschale Nächtigungsgelder,
- steuerfreie Umzugskostenvergütungen,
- Beitragsleistungen des Arbeitgebers an Pensionskassen.

Weiters sind die mit der Steuerreform 2005 eingeführten Kinderzuschläge zum Alleinverdiener- bzw Alleinerzieherabsetzbetrag sowie die Daten der betroffenen Kinder (Name, Versicherungsnummer) in das Lohnkonto aufzunehmen.

### SV-Pflicht für an freie Dienstnehmer ausbezahlte pauschale Reisevergütungen

Freie Dienstnehmer werden in der Sozialversicherung wie echte Dienstnehmer, einkommenssteuerlich aber wie Selbständige behandelt. In der Praxis ist man bisher davon ausgegangen, dass die für echte Dienstnehmer geltenden pauschalierten Reisekostenvergütungen (wie Kilometergeld, Tagesgeld oder Nächtigungsgeld) auch bei freien Dienstnehmern für Sozialversicherungszwecke als beitragsfrei zu behandeln sind. Der VwGH hat nun entschieden, dass mangels Lohnsteuerpflicht bei freien Dienstnehmern nicht die pauschalierten Reisevergütungen iSd § 26 EStG, sondern nur die tatsächlichen, belegmäßig nachgewiesenen Auslagenersätze beitragsfrei behandelt werden können.

## Vorsteuerrückvergütung

### Letzter Termin ist der 30.6.2005

Österreichische Unternehmer können sich ausländische Vorsteuern, die sie im Rahmen ihrer betrieblichen Tätigkeit im Jahr 2004 bezahlt haben, in vielen Ländern bis spätestens 30.6.2005 zurückholen (Ausnahme Belgien: hier beträgt die Frist 3 Jahre). Die Frist ist meist nicht verlängerbar! Detailliertere Hinweise über die Rückerstattungsfähigkeit von häufig vorkommenden Vorsteuern sowie eine Tabelle mit Internetadressen (soweit verfügbar) für alle



EU-Mitgliedstaaten, Island und Schweiz, welche die Rückerstattungsformulare sowie nähere Hinweise über das Procedere in den einzelnen Ländern enthalten, finden Sie in der Anlage. Rückerstattungsanträge für Deutschland sind seit 1. März 2005 ausschließlich an folgende Adresse zu richten:

Bundesamt für Finanzen - Außenstelle Schwedt, Passower Chaussee 3b, 16303 Schwedt/Oder (Tel 0049 1888 406 0, Fax 0049 1888 406 4722)

Ausländische Unternehmer können sich österreichische Vorsteuern für 2004 ebenfalls nur bis 30.6.2005 zurückholen, und zwar beim Finanzamt Graz-Stadt (Antragsformular U5 [www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/\\_start.htm?FNR=U5](http://www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/_start.htm?FNR=U5) samt Ausfüllanleitung - [www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/\\_start.htm?FNR=U5a](http://www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/_start.htm?FNR=U5a)). Dem Antrag sind die Originalrechnungen beizulegen.

## Getränkesteuer: neues EuGH-Urteil



**Luxemburger Gerichtshof sorgt für Dämpfer**

Die Hoffnungen der Gastronomie, die in den Jahren 1995 bis Anfang 2000 bezahlten Getränkesteuern auf alkoholische Getränke von den Gemeinden bzw Städten wieder zurück zu erhalten, haben durch ein jüngst ergangenes Urteil des EuGH einen Dämpfer erhalten.

Denn der EuGH vertritt in diesem Urteil nunmehr die Ansicht, dass die Einhebung einer Getränkesteuer auf alkoholhaltige Getränke dann nicht EU-widrig ist, wenn der Preis für das Getränk – wie etwa in der Gastronomie - vor allem für die Dienstleistung bezahlt wird. Bei dem nun entschiedenen Fall einer Weinschänke in Frankfurt/Main hat der EuGH die Ausschank der alkoholischen Getränke als Dienstleistung und nicht als Lieferung eingestuft.

In Fachkreisen wird das Urteil derzeit unterschiedlich bewertet. Die endgültige Entscheidung wird letztlich vom VwGH vorzunehmen sein. Da die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in der überwiegenden Zahl der strittigen Fälle bereits rechtskräftig mit Null festgesetzt worden ist (und eine Wiederaufnahme unmöglich erscheint), wird sich die Bedeutung des neuen Urteils wohl ausschließlich auf die anhängigen Rückzahlungsverfahren beschränken, wobei die Lage aber von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich zu beurteilen ist.

## Geplante Steueränderungen 2005

Das BMF hat im Mai 2005 zwei Gesetzesentwürfe mit geplanten Steueränderungen zur Begutachtung vorgelegt.

Der erste Gesetzesentwurf sieht ua folgende Änderungen vor:

- Die Bausparprämie bleibt auch dann erhalten, wenn der Bausparvertrag vorzeitig gekündigt wird und die prämiengünstig angesparten Mittel bzw ein gewährtes Darlehen nicht für die Wohnraumschaffung oder -sanierung, sondern für bestimmte Bildungs- oder Pflegemaßnahmen verwendet werden.
- Die prämiengünstige Zukunftsvorsorge soll künftig auch in Form eines Einmalerlags (bis zum Fünffachen des begünstigten Jahresbetrages, das sind 2005 insgesamt bis zu € 10.000) eingezahlt werden können, wobei die Prämie aber auch in diesem Fall nicht sofort, sondern verteilt auf 5 Jahre bis zum Ausmaß der jeweiligen jährlichen Höchstbeträge gutgeschrieben wird. Künftig sollen auch Veranlagungsprodukte ohne Kapitalgarantie als Zukunftsvorsorge prämiengünstig sein, wenn sie eine Mindestlaufzeit von fünfzehn Jahren aufweisen.



**Zukunftsvorsorge geändert**

- Als Gegenfinanzierungsmaßnahme sollen die Steuerbegünstigungen bei Wohnbauanleihen (Sonderausgabenabzug, KESt-Befreiung bis zu 4% Zinsen) für Neumissionen ab 1.9.2005 abgeschafft werden.

Der zweite Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Maßnahmen des „Reformdialogs für Wachstum und Beschäftigung“ sieht ua ab der Veranlagung 2005 eine Ausweitung des Anspruches auf den 25%igen Forschungsfreibetrag bzw die 8%ige Forschungsprämie für die Auftragsforschung vor, wenn die Forschungsaufträge an bestimmte Forschungseinrichtungen (zB Universitäten) vergeben werden. Weiters sind unter dem Aspekt der „Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Steuerbetrugs“ folgende Maßnahmen geplant:

- Unternehmer sollen verpflichtet werden, auf den Rechnungen (ausgenommen Kleinbetragsrechnungen) auch die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Kunden anzugeben.
- Die zusammenfassende Meldung (für innergemeinschaftliche Warenlieferungen) soll künftig monatlich

(anstatt bisher vierteljährlich) abgegeben werden müssen.

- Das Höchstmaß der Freiheitsstrafen für Abgabenhinterziehungen ab € 3 Mio soll von fünf auf zehn Jahre angehoben werden.



**Schärfere Strafen für Abgabenhinterziehung**

Weiters sind zusätzliche Verschärfungen bei der Anmeldung von Dienstnehmern geplant, über die derzeit allerdings noch heftig diskutiert wird.

## Aktuelle Kurz-Infos

### Änderung des Einkommensteuergesetzes beschlossen

In einer bereits am 11.5.2005 im Parlament beschlossenen Einkommensteuernovelle wurde als Ergänzung zu der im Herbst 2004 beschlossenen Neuregelung der Wegzugsbesteuerung eine Bestimmung eingeführt, wonach der Antrag auf Steueraufschub für die Besteuerung von stillen Reserven in Wegzugs- bzw. Überführungsfällen bereits in der Steuererklärung zu stellen ist und daher später (insbesondere in einer Berufung oder anlässlich einer Betriebsprüfung) nicht mehr nachgeholt werden kann.

### Berufungen – ein Tipp aus der Praxis:

Nach der Bundesabgabenordnung können Anträge auf mündliche Verhandlung und Entscheidung durch einen Berufungssenat in der Berufung, in einem Vorlageantrag oder in einer Beitrittserklärung gestellt werden. Wenn aber die erste Instanz die Berufung gleich dem UFS vorlegt, kann der Berufungswerber keinen Vorlageantrag mehr stellen. In diesem Fall ist die Berufung selbst die einzige Möglichkeit, den Antrag auf mündliche Verhandlung bzw. Entscheidung durch den Berufungssenat zu stellen. Diese Interpretation ist durch mehrere VwGH-Erkenntnisse abgesichert. Wer sicherstellen will, dass eine mündliche Verhandlung durchgeführt wird oder dass der Berufungssenat (und nicht ein Einzelrichter) entscheidet, sollte daher schon in der Berufung selbst vorsorglich einen Antrag auf mündliche Verhandlung oder/und Entscheidung durch den Berufungssenat stellen.

### Handelsvertreterpauschale für Finanzdienstleister

Nach Ansicht des BMF ist die Handelsvertreterpauschalierungs-Verordnung auch auf Finanzdienstleister, Vermögensberater und Finanzdienstleistungsassistenten anzuwenden, nicht hingegen auf Versicherungsmakler (wenn sie ausschließlich in der Form „Versicherungs-

makler und Berater in Versicherungsangelegenheiten“ tätig sind).

### Ärzte: Keine Vorsteuerrückzahlung aufgrund EuGH-Entscheidung als Beihilfe

Der Verzicht des österreichischen Fiskus auf die Vorsteuerkorrektur anlässlich der Einführung einer unechten Umsatzsteuerbefreiung für Ärzte mit 1.1.1997 war nach Ansicht des EuGH eine unzulässige staatliche Beihilfe. Un-



**Finanz verzichtet**

zulässige Beihilfen sind an und für sich vom Staat wieder zurückzufordern. Da die Vorsteuerkorrekturbeträge bei den Ärzten im Regelfall die für das Beihilfenverbot geltende Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreiten werden, hat das BMF bereits angekündigt, auf die Nachforderung dieser Beträge generell verzichten zu wollen.

### Waffengleichheit für Inlands- und Auslandsfonds ab 1.7.2005

Ausländische Investmentfonds, die im Depot einer österreichischen Bank gehalten werden, werden ab 1.7.2005 den inländischen Investmentfonds völlig gleichgestellt, wenn sie sich den Meldevorschriften für Inlandsfonds unterwerfen. Damit werden nämlich die Banken in die Lage versetzt, für den Anleger die richtige Kapitalertragsteuer an das Finanzamt abzuführen. Die Auslandsfonds sind damit endbesteuert, unterliegen nicht mehr der Sicherungssteuer und sind auch nicht mehr in die Einkommensteuererklärung aufzunehmen.

### EU-Quellensteuer tritt mit 1.7.2005 in Kraft

Ab 1.7.2005 tritt die neue EU-weite Zinsenbesteuerung in Kraft. Betroffen davon sind allerdings nur ausländische Anleger, die bisher in vielen EU-Staaten für Zinsen keine Steuer bezahlen mussten. Während die Mehrzahl der EU-Staaten die Besteuerung der Zinserträge von Anlegern aus anderen EU-Staaten über ein Meldesystem sicher stellt (die Zinseneinkünfte werden von den Banken via Finanzverwaltung dem jeweiligen nationalen Finanzamt des Anlegers gemeldet), führen Österreich, Luxemburg und Belgien einen Quellensteuerabzug ein. Die Quellensteuer beträgt ab 1.7.2005 für die ersten 3 Jahre 15%, dann für weitere 3 Jahre 20% und danach 35%.

### Rückstellung für Altersteilzeit – Blockmodell

Seit 1.10.2001 haben Anspruch auf Altersteilzeit:

- Männer, die das 55. und Frauen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und



**Stundenguthaben in der Bilanz berücksichtigen**

bis zu 5 Jahren) auf 40% bis 60% der Normalarbeitszeit vor Herabsetzung reduziert werden. Vom Dienstgeber sind dabei zusätzlich 50% des Unterschiedsbetrages zwischen dem vor der Herabsetzung der Normalarbeitszeit gebührenden Bruttoentgelt und jenem für die verringerte Arbeitszeit inkl. der Dienstnehmerbeiträge zur SV entsprechend der Beitragsgrundlage vor Herabsetzung als Lohnausgleich zu entrichten, sodass der Mitarbeiter etwa bei einer Reduzierung der Arbeitszeit um 50%, 75% seines bisherigen Entgeltes erhält. Der Arbeitgeber kann diesen Aufstockungsbetrag inkl. Dienstnehmer- und Dienstgeberbeiträgen zur SV vom AMS als Alterteilstzeitgeld zurückfordern, sofern eine zuvor arbeitslose Person über der Geringfügigkeitsgrenze versicherungspflichtig beschäftigt oder zusätzlich ein Lehrling ausgebildet und in diesem Zusammenhang kein Dienstverhältnis aufgelöst wird. Die reduzierte Arbeitszeit kann flexibel verteilt bzw. geblockt werden, das Arbeitsentgelt ist jedoch gleichmäßig verteilt über den gesamten Zeitraum zu leisten.

Im Rahmen eines Blockmodells liegt die tatsächliche Arbeitszeit des Arbeitnehmers über der reduzierten vereinbarten Arbeitszeit. In diesem Fall ergibt sich daher zum Bilanzstichtag ein entsprechendes „Stundenguthaben“ des Arbeitnehmers bzw. ein Erfüllungsrückstand des Arbeitgebers. Für diesen Rückstand ist in der Bilanz des Arbeitgebers eine Verbindlichkeit anzusetzen. Die Verbindlichkeit ist um den AMS-Zuschuss zu kürzen.

Neu ist, dass der Gesetzgeber bisher die Auffassung vertreten hat, dass es sich bei diesem Posten um eine langfristige Rückstellung handeln würde und daher eine Kürzung um 20 % vorzunehmen war. Die Verbindlichkeit ist nunmehr keiner Kürzung zu unterziehen.

### **Initiativantrag zum Ausspielungsbesteuerungsänderungsgesetz**

Der EuGH hat im Februar 2005 entschieden, dass die Umsätze von Glücksspielen in einer konzessionierten Spielbank nicht anders behandelt werden dürfen als die Umsätze außerhalb einer konzessionierten Spielbank. Derzeit werden die Umsätze von Geldspielautomaten außerhalb einer konzessionierten Spielbank steuerpflichtig behandelt, während diese Umsätze in einer konzessionierten Spielbank von der Umsatzsteuer befreit sind (sie unterliegen dort allerdings der Spielbankabgabe in Höhe von 48%). Um eine Gleichstellung zu erreichen, müssten die Umsätze entweder stets steuerfrei oder stets steuerpflichtig behandelt werden. Im bereits vorliegenden Gesetzesentwurf wird die Steuerpflicht sämtlicher Umsätze vorgeschlagen. Durch Änderungen im Gebührengesetz soll der Standort Österreich für Veranstalter von Sportwetten wieder attraktiver gemacht werden.

- innerhalb der letzten 25 Jahre mindestens 15 Jahre arbeitslosenversicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Normalarbeitszeit derartiger Personen kann dabei für einen Durchrechnungszeitraum von bis zu 6,5 Jahren (ab 1.1.2004

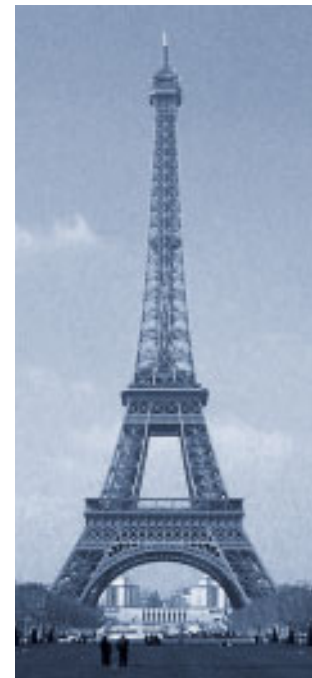
nierten Spielbank nicht anders behandelt werden dürfen als die Umsätze außerhalb einer konzessionierten Spielbank. Derzeit werden die Umsätze von Geldspielautomaten außerhalb einer konzessionierten Spielbank steuerpflichtig behandelt, während diese Umsätze in einer konzessionierten Spielbank von der Umsatzsteuer befreit sind (sie unterliegen dort allerdings der Spielbankabgabe in Höhe von 48%). Um eine Gleichstellung zu erreichen, müssten die Umsätze entweder stets steuerfrei oder stets steuerpflichtig behandelt werden. Im bereits vorliegenden Gesetzesentwurf wird die Steuerpflicht sämtlicher Umsätze vorgeschlagen. Durch Änderungen im Gebührengesetz soll der Standort Österreich für Veranstalter von Sportwetten wieder attraktiver gemacht werden.

### **Absetzbarkeit von Fortbildungsreisen**

Aufwendungen für Studienreisen sind dann Berufsfortbildungskosten, wenn sie eindeutig von Privatreisen abgegrenzt werden können und folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Planung und Durchführung der Reise erfolgen entweder im Rahmen einer lehrgangsmäßigen Organisation oder in einer anderen Weise, die den beruflichen Anlass einwandfrei erkennen lässt.
- Erworbene Kenntnisse müssen einigermaßen im Beruf verwertbar sein.
- Programm muss auf die Berufsgruppe zugeschnitten sein, sodass es für Berufsfremde nicht von Interesse ist.
- Programm muss – orientiert an der Normalarbeitszeit – durchschnittlich acht Stunden täglich betragen.

Treffen diese Voraussetzungen zu, sind alle damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten, Aufenthaltskosten, Teilnahmegebühren, Kongressunterlagen) als Werbungskosten absetzbar. Bei Studienreisen mit Mischprogramm können nur eindeutig abgrenzbare Fortbildungskosten (z.B. Teilnahmegebühren, Kongressgebühren) als Werbungskosten abgesetzt werden.



**Mindestens 8 Stunden Programm am Tag**

## Rückerstattung ausländischer Vorsteuern

Die Internetadressen für die Vorsteuer-Rückerstattungsformulare (Stand 1.5.2005)

Land	Internetadresse
Belgien	 <a href="http://wko.at/aw/publikation/zz/form-belgien.doc">http://wko.at/aw/publikation/zz/form-belgien.doc</a>
Dänemark	 <a href="http://www.erhverv.toldskat.dk/blanketter/31004.pdf">http://www.erhverv.toldskat.dk/blanketter/31004.pdf</a>
Deutschland	 <a href="http://www.bff-online.de/Steuer_Vordrucke/Umsatzsteuer/Antrag_UStrT_ADSRE.pdf">http://www.bff-online.de/Steuer_Vordrucke/Umsatzsteuer/Antrag_UStrT_ADSRE.pdf</a>
Finnland	 <a href="http://www.vero.fi/nc/doc/download.asp?id=987;84338">http://www.vero.fi/nc/doc/download.asp?id=987;84338</a>
Frankreich	 <a href="http://www2.finances.gouv.fr/formulaires/dat/TVA/3559-full.pdf">http://www2.finances.gouv.fr/formulaires/dat/TVA/3559-full.pdf</a>
Griechenland	 Bestellung des Mehrwertsteuerrückvergütungsformulars beim Referat AW-Information der WKÖ möglich: Tel.: 01/501 05-4470, Fax: 01/502 06-255 oder E-Mail an Behörde: di4-ctm@otenet.gr
Großbritannien	 <a href="http://customs.hmrc.gov.uk/channelsPortalWebApp/channelsPortalWebApp.portal?_nfpb=true&amp;_pageLabel=pageLibrary_Forms&amp;propertyType=document&amp;id=HMCE_PROD_007838">http://customs.hmrc.gov.uk/channelsPortalWebApp/channelsPortalWebApp.portal?_nfpb=true&amp;_pageLabel=pageLibrary_Forms&amp;propertyType=document&amp;id=HMCE_PROD_007838</a>
Irland	 <a href="http://www.revenue.ie/doc/vate6oec.doc">http://www.revenue.ie/doc/vate6oec.doc</a>
Italien	 <a href="http://www.agenziaentrate.it/modulistica/altri/mod_iva79.pdf">http://www.agenziaentrate.it/modulistica/altri/mod_iva79.pdf</a>
Luxemburg	 <a href="https://saturn.etat.lu/etva/formsServe2.do">https://saturn.etat.lu/etva/formsServe2.do</a> -> Kategorie: 4. Antrag Erstattung der MWSt -> Bezeichnung des Formulars: a.i. Erstattung aufgrund der 8ten Richtlinie -> Sprache des Formulars: Deutsch
Portugal	 <a href="http://wko.at/aw/publikation/zz/MWSt-Formular-Portugal.pdf">http://wko.at/aw/publikation/zz/MWSt-Formular-Portugal.pdf</a>
Schweden	 <a href="http://www.skatteverket.se/blanketter/5801/eng/index.html">http://www.skatteverket.se/blanketter/5801/eng/index.html</a>
Spanien	 <a href="http://www.aeat.es/formularios/361.pdf">http://www.aeat.es/formularios/361.pdf</a>
Estland	 <a href="http://www.emta.ee/failid/Vorm_KMT.pdf">http://www.emta.ee/failid/Vorm_KMT.pdf</a>
Lettland	 <a href="http://www.vid.gov.lv">http://www.vid.gov.lv</a>
Litauen	 <a href="http://www.vmi.lt/English/default_en.htm">http://www.vmi.lt/English/default_en.htm</a> -> VAT refund to foreign taxable persons -> form FR0445
Malta	 <a href="http://www.vat.gov.mt/docs/vatform_008_request_refund_by_foreign_tp.pdf">http://www.vat.gov.mt/docs/vatform_008_request_refund_by_foreign_tp.pdf</a>
Polen	 <a href="http://www.mf.gov.pl/_files_/english/indirect_tax_refund/indirect_tax_refund_attach11.doc?PHPSESSID=64f6ab7eb2ed7a337c437f3024e64341">http://www.mf.gov.pl/_files_/english/indirect_tax_refund/indirect_tax_refund_attach11.doc?PHPSESSID=64f6ab7eb2ed7a337c437f3024e64341</a>
Österreich	 <a href="http://www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/_start.htm?FNR=U5">http://www.bmf.gv.at/service/formulare/steuern/auswahl/_start.htm?</a> FNR=U5
Slowakei	 <a href="http://www.finance.gov.sk">http://www.finance.gov.sk</a>
Slowenien	 <a href="http://www.gov.si/durs/other/obrazci/vraciloDDVtujcem-obrazec.pdf">http://www.gov.si/durs/other/obrazci/vraciloDDVtujcem-obrazec.pdf</a>
Tschechien	 <a href="http://cds.mfcr.cz/internet/Forms/pdf/5236_5.pdf">http://cds.mfcr.cz/internet/Forms/pdf/5236_5.pdf</a>
Ungarn	 <a href="http://www.apeh.hu/informacio/7.2004/7_2004_ker.pdf">http://www.apeh.hu/informacio/7.2004/7_2004_ker.pdf</a>
Island	 <a href="http://www.rsk.is/eydublod/rsk_1029.pdf">http://www.rsk.is/eydublod/rsk_1029.pdf</a>
Norwegen	 <a href="http://www.skatteetaten.no/Templates/BrosjyreUtskrift.aspx?id=9464&amp;printmode=true">http://www.skatteetaten.no/Templates/BrosjyreUtskrift.aspx?id=9464&amp;printmode=true</a>
Schweiz, Liechtenstein	 <a href="http://www.estv.admin.ch/data/mwst">http://www.estv.admin.ch/data/mwst</a> -> Dokumentation -> Formulare (ab 1. Jänner 2001) -> Vergütung der Mehrwertsteuer an Abnehmer mit Wohnsitz oder Geschäftssitz im Ausland -> Vergütung der Mehrwertsteuer an ausländische Unternehmer (VAT refund)
Zypern:	 <a href="http://www.mof.gov.cy/ce">http://www.mof.gov.cy/ce</a>

## Abzugsfähige Vorsteuern in Europa (1.1.2005)

- 1) Rechnungsmerkmale müssen erfüllt sein. Leistungen müssen betrieblich veranlasst sein.
- 2) Vorsteuer ist dennoch abzugsfähig, wenn diese durch Dienstnehmer bei Leistungserbringung an Kunden angefallen (wird sehr streng ausgelegt).
- 3) Nur Vorsteuern im Zusammenhang mit der Teilnahme an Konferenzen, Seminaren, Kongressen, Messen etc und mit Beförderungsleistungen können refundiert werden.
- 4) Ausgenommen Beherbergung während einer Dienstreise.
- 5) Wenn unter € 227 pro Person und Jahr.
- 6) Vorsteuer kann nur von umsatzsteuerlich erfassten Unternehmern geltend gemacht werden.
- 7) An leistende Unternehmer gezahlte Vorsteuer, die ausschließlich für umsatzsteuerpflichtige Umsätze verwendet werden, kann rückerstattet werden.

Fotos: Gernot Muhr (1), Heimo Ruschitz (1)

Land	Hotelkosten	Bewirtung	PKW-Miete	PKW-Treibstoff	Repräsentationskosten	Beratungskosten
Österreich <sup>1)</sup>	ja	ja	nein	nein	teilweise	ja
Belgien <sup>1)</sup>	nein <sup>2)</sup>	nein <sup>2)</sup>	50%	50%	nein	
Bulgarien <sup>1) 3)</sup>	ja	ja	ja	teilweise	ja	ja
Tschechien <sup>1) 4)</sup>	ja	nein	teilweise	teilweise	nein	ja
Dänemark <sup>1)</sup>	25%	25%	teilweise	nein	ja	ja
Estland <sup>1)</sup>	nein <sup>4)</sup>	nein	ja	ja	nein	ja
Finnland <sup>1)</sup>	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Frankreich <sup>1)</sup>	teilweise	ja	nein	teilweise	ja	ja
Deutschland <sup>1)</sup>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Griechenland <sup>1)</sup>	nein	nein	nein	teilweise	nein	ja
Irland <sup>1)</sup>	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Italien <sup>1)</sup>	nein	nein	teilweise	nein	nein	ja
Ungarn	ja	nein	nein	nein	nein	ja
Lettland <sup>1)</sup>	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Litauen <sup>1)</sup>	ja	nein	nein	teilweise	nein	ja
Luxemburg	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Malta <sup>1)</sup>	ja	ja	nein	nein	ja	ja
Niederlande <sup>1)</sup>	ja	nein	teilweise	ja	ja <sup>5)</sup>	ja
Norwegen <sup>1)</sup>	nein	nein	teilweise	teilweise	nein	ja
Polen	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Portugal	nein	nein	nein	teilweise	nein	nein
Rumänien	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Russland <sup>6) 7)</sup>	ja	nein	ja	ja	nein	ja
Schweden <sup>1)</sup>	ja	teilweise	teilweise	ja	teilweise	nein
Schweiz <sup>1)</sup>	ja	teilweise	ja	nein	nein	nein
Slovakei <sup>1)</sup>	ja	nein	nein	ja	nein	ja
Slovenien	nein	nein	nein	nein	nein	nein
Spanien <sup>1)</sup>	ja	ja	teilweise	teilweise	nein	ja
Türkei <sup>6)</sup>	-	-	-	-	-	-
Großbritannien <sup>1)</sup>	ja	ja	teilweise	ja	nein	ja